

hoffen Osten und Westen bilden könnte. Was man bei einem solchen Versuche gelangen möchte, hat in ungeheurer Tragik die politische Konstellation gezeigt, in der sich Deutschland während des letzten Krieges befand. Innerhalb dieser großen Perspektiv der außenpolitischen Zukunftsentwicklung sind die mit dem Sicherheitspakt zusammenhängenden Fragen zu prüfen und zu entscheiden. An Einzelheiten soll man dabei nicht hängen bleiben. So ist z. B. die Frage des Durchmarschrechtes durch Deutschland wohl von theoretischer, aber nur von ganz geringer praktischer Bedeutung im gegenwärtigen Augenblick. Wie sich Deutschland im gegebenen Falle zu einem Durchmarsch fremder Truppen zu stellen hat, hängt lediglich davon ab, ob ein solcher Durchmarsch geschehen soll innerhalb einer für Deutschland fürderlichen außenpolitischen Blesse oder nicht. Daß im übrigen ein solcher Durchmarsch letzten Endes eine machtpolitische Frage des Augenblicks ist, zeigt der deutsche Durchmarsch durch Belgien.

Bei der ganzen Behandlung des Sicherheitspaktens darf schließlich auch die Tatsache nicht aus den Augen verloren werden, daß es sich bei ihm nicht um Verträge von Ewigkeitswert handelt, sondern um die Einleitung einer außenpolitischen Epoche, über der Deutschland nach und nach aus seiner passiven Rolle wieder zu einem aktiven Faktor des Weltgeschehens wird.

Das spanisch-deutsche Handelsabkommen in Spanien angenommen.

Madrid, 14. Juni. Wie Havas berichtet, hat der nationale Wirtschaftsrat mit 21 gegen 17 Stimmen das spanisch-deutsche Handelsabkommen angenommen. Unter den 17 Befindlichen saß 11 Vertreter der Industrie.

Kommunistenpropaganda in Frankreich und England.

Paris, 14. Juni. Gestern Abend wurden auf einem der großen Boulevards der Pariser Innenstadt zwei Frauen verhaftet, die kommunistische Flugblätter verteilten. Eine von ihnen ist die Schwägerin des kommunistischen Abgeordneten Doriot. In den Wohnungen der beiden Frauen wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, die zur Beschlagnahme von verschiedenen Schriftstücken führten.

London, 14. Juni. Blättermeldungen zufolge kam es gestern kurz vor Mitternacht im Hyde Park zwischen Kommunisten, britischen Faschisten und der Polizei zu ernstlichen Zusammenstößen. Die Tumultszeneen begannen mit der Festnahme eines Mannes durch die Polizei, den die Kommunisten, die eine Massenversammlung abgehalten hatten, für einen der ihrigen hielten. Die Menge umzingelte die Polizisten und brach in Hochrufe auf die Internationale und den Kommunismus aus. Faschisten, die ebenfalls eine Massendemonstration veranstaltet hatten, kamen der Polizei zu Hilfe und begleiteten sie zur Polizeiwache. Die Kommunisten, die den Versuch machten, den Verhafteten zu befreien, nahmen schließlich vor der Polizeiwache eine so drohende Haltung an, daß die Menge mit Gummiknüppeln auseinandergedrängt wurde. Nach kurzem Kampfe gelang es, den Verhafteten in die Wache zu bringen. Zwei kommunistische Führer, die mit ihren Anhängern erneute Angriffe gegen eine kleine Polizeieinheit richteten, wurden verhaftet. Zahlreiche Personen wurden bei den Kämpfen verletzt.

Faschisten gegen katholische Studenten.

„Differenzator Romano“ meldet, daß am vorigen Donnerstag bei der Fronleichnamprozession in Rom einige junge Faschisten katholische Universitätsstudenten, die an der kirchlichen Feier teilnahmen, herausgefordert und angegriffen hatten. Der römische Diözesanverband und die katholischen Universitätsstudenten hätten daraufhin bei den Behörden Verwahrung eingelegt und Abhilfe für die Zukunft gegenüber solchen bedauerlichen Vorkommnissen erbeten. Die Behörden hätten versprochen, für die Zukunft solche Gewalttätigkeiten zu verhindern.

Streiklichter aus Bulgarien.

Einige der zum Tode verurteilten politischen Verbrecher, die sich zurzeit im Gefängnis von Sofia befinden, sind in den Hungerstreik getreten.

Die Polizei verhaftete im Hause eines bekannten bulgarischen Malers in Sofia drei Mitarbeiter an dem in der Kathedrale verübten Mordtat.

Die Regierung hat 122 Dehret entlassen, da sie an der kommunistischen Verschönerung und an verschiedenen Verschönerungsorganisationen betätigt waren.

In der an der serbischen Grenze liegenden Stadt Ferdinand ist eine neue kommunistische Verschönerung von der Polizei entdeckt worden. 47 Personen wurden verhaftet. — Am Sofioter Bahnhof wurde eine Frau mit zwei Koffern Sprengstoffen verhaftet.

Die Polizeibehörden entdeckten in Burgas eine Geheimdrucker, in der Veranschaulichung und Propaganda-Flugblätter gedruckt wurden. Das Personal der Drucker wurde in Haft genommen.

Nach einer Meldung der Tageszeitung „Sora“ haben die Polizeibehörden in Erfahrung gebracht, daß der ehemalige Bauernminister Obov aus der Tschschowtschwa sechs Bänder, bestehend aus fünf, und zwei aus drei Personen nach Bulgarien entsandte mit der Aufgabe, die neue Grenze durch Brandstiftung zu vernichten. Die Polizeibehörden haben scharfe Maßnahmen ergreifen.

Die Unruhen in China.

London, 14. Juni. „Sunday Express“ meldet aus Schanghai: Das britische und das japanische Konsulat in der Hafenstadt Kiungang am Yangtse-Fluß wurden von einer erregten Menge, die heftige Angriffe auf die Gebäude unternahm, angezündet und schwer beschädigt. Das britische Konsulat konnte von den Angreifern jedoch befreit werden, die darauf andere Gebäude ausländischer Gesellschaften demolieren. So wurde das Besitztum der japanischen Schiffahrtsgesellschaft und die Häuser anderer Schiffahrtsgesellschaften völlig eingeschert. Die Gewalttätigkeiten begannen damit, daß mehrere Tausend ausländische, zumeist Soldaten und Arbeiter, in das britische Konzessionsgebiet einbrangen und Gewalttätigkeiten begingen. Chinesische Truppen trieben schließlich die Aufrührer zurück. Ein japanisches Landungskorps sucht augenblicklich die Ordnung aufrechtzuerhalten. In dessen werden von kleineren Truppen der Empörer beständig neue Angriffe verübt.

Nach noch nicht bestätigten chinesischen Berichten aus Peking ist die katholische Kirche in Kaifang vorgefesselt eingeschert und ein italienischer Priester getötet worden.

Die chinesische Presse hat eine Liste der englischen und japanischen Häuser veröffentlicht, die von der Bevölkerung boykottiert werden sollen.

Die französische Regierung hat beschlossen, den Panzerkreuzer Jules Michelet nach Schanghai zu entsenden.

Der englische Leichtkreuzer „Dolph“ ist nach Hongkong abgegangen. In Schanghai herrscht gespannte Stimmung. Man befürchtet, daß bei geringsten Anlässen es zu ernstlichen Ausbrüchen kommen würde.

In Peking laufen Gerüchte um, daß der Minister des Auswärtigen sich verborgen halte, da er fürchte, daß die Studenten auf ihren extremen Forderungen, die er nicht bewilligen könne, beharren.

Ausfahrt eines spanischen Gestwaders nach Marokko.

Paris, 13. Juni. Wie der Abendpresse aus Gibraltar gemeldet wird, hat das spanische Nordafrikageschwader, bestehend aus Kreuzern, Torpedobootsgeräten, Torpedobooten und Flugzeugmutter Schiffen, das gegenwärtig in Algier stationiert ist, auf funktentelegraphischem Wege von General Primo de Rivera Befehl erhalten, sich zu einer Ausreise nach Marokko bereitzustellen. General Primo de Rivera habe den Gouverneur von Algier durch ein Kabeltelegramm davon in Kenntnis gesetzt, daß er wegen wichtiger Arbeiten sich nicht selbst nach Algier begeben könne, jedoch am 28. Juni dorthin kommen werde.

Paris, 13. Juni. Havas meldet aus Madrid: Die französisch-spanischen Sachverständigen haben gestern in Madrid eine erste Zusammenkunft gehabt.

Tagung des Reichseisenbahnrats.

Unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Dr. Knoke trat am Sonnabend der Reichseisenbahnrat zum ersten Mal nach der Neuorganisation der deutschen Eisenbahnverhältnisse zusammen. Der Reichsverkehrsminister wies darauf hin, daß der Reichseisenbahnrat auch in Zukunft als beratendes Organ in wichtigen Verkehrsfragen dem Reichsverkehrsminister zur Seite stehen werde, um ihn bei Erfüllung der ihm durch das Reichsbahngesetz zugewiesenen Aufgaben zu unterstützen.

Ministerialrat Niemann vom Reichsverkehrsministerium betonte, daß seit dem Übergang der Deutschen Reichsbahn auf die neue Gesellschaft eine Erhöhung von Gütertarifen nicht erfolgt sei, daß vielmehr zahlreiche Ermäßigungen in Gestalt von Ausnahmetarifen durchgeführt worden seien.

Staatssekretär Bogt hob hervor, daß die in der Defizitlichkeit vielfach vertretene Befürchtung eines überwiegen fremdländischen Einflusses nach den bisherigen Erfahrungen nicht begründet sei. Wirtschaftlich habe die 10prozentige Erhöhung der Personentarife keinen Rückgang des Verkehrs zur Folge gehabt. Dagegen sei seit Mai ein Rückgang des Güterverkehrs zu beklagen, wodurch der Reichsbahngesellschaft bei ihrer künftigen Tarifpolitik große Vorläufe auferlegt werde. Er teilte weiter mit, daß der geltende Gütertarif zurzeit einer umfassenden Nachprüfung unterzogen werde, hauptsächlich im Hinblick auf die verhältnismäßig hohe Belastung der nahen Entfernungen und der hochwertigen Güter.

Ueber die von mehreren Rednern geforderten Wasserschlagstarke stehe eine Entscheidung auf Grund eingehendster Prüfung in absehbarer Zeit bevor. Die Reichsbahn sei ferner bestrebt, die Beförderung im Personen- und Güterverkehr ständig weiter zu verbessern. Den beiden Sondervorlagen über die Erhöhung der unter den Selbstkosten liegenden Frachttarife für Steine zum Wagedau usw. und über die Einführung von ermäßigten Frachttarifen für Eisenbahnzeug zur Herstellung von Bauwerkstoffen des Eisenhoch- und Brückenbaues und von Schwimmdocks im Verkehr mit deutschen Küstenländern stimmte der Reichseisenbahnrat mit großer Stimmenmehrheit zu.

Jahrausendfeier des Rheinlandes in Berlin.

Gestern fand unter zahlreicher Teilnahme der Bevölkerung eine Jahrausendfeier vor dem Reichstagsgebäude statt. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete begrüßte die deutschen Landsmannschaften aller Städte, die im Bewußtsein der Zusammengehörigkeit an der heutigen Feier teilnahmen. Die im besetzten Gebiet wohnenden Rheinländer wählten nie ihre Heimat preisgegeben. Das Rheinland sei die Heimat deutscher Kultur und die heutige Feier in der Reichshauptstadt werde überall ein gutes Echo finden, seien doch die deutschen Landsmannschaften, die mit ihrem Bekanntheit zum Deutschland aufgetreten seien, Dolmetscher des Empfindens zur deutschen Reichshauptstadt. Die Bande, die mit dem Rheinland die Reichshauptstadt umschließen seien durch die heutige Feier erneut und fester geknüpft worden. Glückselig sei der Gedanke gewesen, den Wüstungsgedenktag in Ost- und Westpreußen mit dieser Jahrausendfeier zu verbinden.

Die Kreuzzeitungs-Aktiengesellschaft.

Graf Westarp schreibt dem W.D.: „Vor einigen Tagen ist in Berlin die Kreuzzeitungs-Aktiengesellschaft gegründet worden, die in Zukunft an Stelle der bisherigen G. m. b. H. die Kreuzzeitung herauszugeben wird, mit einem Aktienkapital von vorläufig 1 Million Reichsmark.“

Der Aufsichtsrat setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Graf Westarp-Berlin, Vorsitzender, Dr. v. Ullensleben-Berlin, Dr. v. Ullensleben-Neugatterleben, Dr. Freiherr v. Arntin-Neuburg (Schwaben), Dr. Kallstein-Berlin, Regierungsrat Kroth-Berlin, Freiherr v. Binnd-Ostwig, Dr. Niklas-Neubabelsberg, Graf Seidlitz-Sandrecy-Oberdorf, Dr. Spengler-München v. Bismarck-Stotom, Stellvertreter Vorsitzender.

Der Vorstand der Gesellschaft sind gewählt: G. G. T. Glund, kaufmännische Leitung, und der bisherige Chefredakteur Georg Forstsch.

Alle Gerichte über eine Aenderung der Richtung der Kreuzzeitung, die in Umlauf gesetzt worden sind, beruhen auf Erfindung; sie wird ihre bisherige christlich-konservervath-nationale Richtung unter den alten Redakteuren fortführen.“

Verfassungsfragen in Amerika.

Am Dienstag eröffnete Professor Dr. Edwin M. Scharf von der Yale-Universität in New-Haven (Bereinigten Staaten), der als Gast der juristischen Fakultät der Berliner Universität zurzeit hier weilte, seinen Vortrag über: „Die modernen Verfassungsprobleme der Vereinigten Staaten.“

Professor Scharf, der die deutsche Sprache ausgezeichnet beherrscht, dankte zunächst für den herzlichen Empfang und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der durchaus notwendige Wissenschaftsaustausch die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Völker fördern möge. Der Redner ging dann auf sein Thema ein und behandelte zunächst die Stellung des Bundesgerichts in Washington im Verfassungsleben der Vereinigten Staaten. Er führte aus: Daß die alte Verfassungsurkunde der Vereinigten Staaten, die aus dem Jahre 1787 stammt, noch nicht veraltet ist, liegt an den Nobelen sowie an der weitgehenden Auslegung der Grundrechte durch das Bundesgericht. Nicht jede Gerichtsentscheidung hat Frieden gestiftet, ja die Entscheidung des obersten Gerichts über das Recht der Subamerikanischen Staaten zur Selbstverwaltung hat sogar den Bürgerkrieg herbeigeführt. Seit der Verfassungsänderung von 1861 besteht ein Rechtsaufsicht des höchsten Bundesgerichts. Auf Grund dieser starken Gerichtsherrschaft ist jedes Gesetz, sei es Bundes- oder Staatsgesetz, ansehbar, wenn man Verfassungswidrigkeit nachweist. Verfassungswidrig ist alles, was nicht als ordentliches Rechtsverfahren gilt.

Das höchste Gericht in Washington besteht heute aus neun Richtern. Fünf Richter, die einfache Mehrheit, haben die Macht, ein Gesetz umzuwerfen. Nicht technisch, aber faktisch, denn es besteht nach nur noch dem Hochhaben nach, es hat keine praktische Geltung mehr. Da es häufig vorkommt, daß schon jahrelang bestehende Gesetze plötzlich für verfassungswidrig erklärt werden, bestehen Strömungen, dem Gericht diese Macht zu nehmen, so z. B. der Vorschlag, statt der einfachen Mehrheit innerhalb des Gerichts eine qualifizierte Mehrheit über Verfassungswidrigkeiten entscheiden zu lassen. Im allgemeinen hat aber das Gericht sich durchgesetzt. Es ist ein guter Schiedsrichter, einmal zwischen der Macht des Einzelstaates und der des Bundes, dann zwischen der Macht der Regierung und der des einzelnen Staatsbürgers. Dadurch, daß das Bundesgericht nicht nur Zivilsachen entscheidet, sondern sämtliche Gesetze, auch die öffentlich-rechtlichen Inhalts für verfassungswidrig erklären kann, ist es ein im höchsten Grade staatsmännliches Gericht.

Um nur einige Beispiele anzugeben: „ein vom 11. Staaten angenommenes Gesetz über Mindestentlohnung von Frauennarbeit wurde vom Obersten Gericht für verfassungswidrig erklärt, nachdem es zehn Jahre lang in Geltung gewesen war. Das Gericht erklärte es für einen Eingriff in die verfassungsmäßige Freiheit, dem Arbeitgeber die Höhe des Lohnes vorzuschreiben. Ein verfassungswidrig wurde es auch erklärt, einen Mieter zwangsweise als Untermieter zu bestellen. Der Staat Kansas regelte durch Streikbeseitigung das Arbeitsverhältnis hinsichtlich Beförderung, Kleidung usw. Das Gesetz wurde für verfassungswidrig erklärt, weil man dem Arbeitgeber die Art der Entlohnung nicht vorschreiben darf. Der Mieterstreik wurde nach dem Krieg nur für Notfälle zugelassen.“

Die außerordentlich interessanten, auch humorvollen Ausführungen des Redners, die durch zahlreiche Beispiele aus der Rechtsprechung des Obersten Gerichts erläutert wurden, fanden den lebhaften Beifall der zahlreich erschienenen Hörerschaft. Es finden an den folgenden Diensten noch insgesamt 7 Vorträge statt und zwar vier Vorträge über die Verfassungsgrundlagen, zwei über auswärtige Politik und die letzten über Wirtschaftsfaktoren der Vereinigten Staaten.

Kleine Meldungen.

Madrid, 14. Juni. Die ägyptische Regierung hat beschlossen, in Madrid eine Gesandtschaft zu errichten.
Moskau, 13. Juni. Die Aufstiegs Expedition Moskauer-Altai-Gebirge überflog das Uralgebirge und erreichte heute Kungur.